Finanz- und Personalausschuss, Sitzung am 29.01.2019
Mitteilung „Überplanmäßige Beschäftigungsverhältnisse“

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Schlussberatungen zum Haushalt 2019 am 05.11./06.11.2018 hat der Ausschuss die Verwaltung gebeten, einen Überblick über die derzeit vorhandenen überplanmäßigen Beschäftigungsverhältnisse zu geben.

Hierzu kann ich Ihnen folgendes mitteilen:

Zum Stichtag 31.12.2018 gab bzw. gibt es in der Kernverwaltung einschl. der ZAB 143 überplanmäßige Personaleinsätze im Umfang von 117 vollzeitverrechneten Stellen.

Die Gründe für die überplanmäßigen Personaleinsätze sind vielfältig, ergeben sich aber überwiegend aus

1. erhöhtem Arbeitsanfall bei laufenden Aufgaben,
2. zeitlich befristeten Projekten oder Sonderaufgaben,
3. neuen Daueraufgaben oder wesentliche Aufgabenveränderungen, für die noch keine Stellen eingerichtet werden konnten oder bei denen zunächst vor einer Änderung des Stellenplans die weitere Aufgabenentwicklung beobachtet wird.

Bei der Betrachtung der überplanmäßigen Personaleinsätze werden Beurlaubungs- und Krankheitsvertretungen nicht berücksichtigt, weil diese Personaleinsätze die Überbrückung des Personalausfalls in der jeweiligen Planstelle sichern.

Ferner werden im Zuge der anstehenden Umsetzung des Stellenplanes 2019 (vorbehaltlich des bei der Bezirksregierung in Detmold laufenden Anzeige- und vor allem Genehmigungsverfahrens zum Haushaltssicherungskonzept) rund 43 überplanmäßige Einsätze mit knapp 37 vollzeitverrechneten Stellen durch Einweisung in entsprechende Stellen beendet.

Im Ergebnis verbleiben unter Berücksichtigung dieser Vorgaben zum Stand 31.12.2018 damit 100 „echte“ überplanmäßige Personaleinsätze mit gut 80 vollzeitverrechneten Stellen.

Aufgrund erhöhten Arbeitsanfalls sind 40 Einsätze mit 33 vollzeitverrechneten Stellen erforderlich. Betroffen sind hier insbesondere die Bereiche der Vollstreckung im Amt für Finanzen und der Bildung- und Teilhabe im Amt für soziale Leistungen mit 6 bzw. 5 Einsätzen. Ferner ist eine Unterstützung bei der Umsetzung der Reform beim Unterhaltsvorschuss im Amt für Jugend und Familie mit 3 Einsätzen notwendig. Auch in der KFZ-Zulassungsstelle des Ordnungsamtes sind 2 weitere Einsätze erforderlich.

35 Personaleinsätze sind derzeit im Rahmen von Projektarbeit vorhanden, die knapp 25 vollzeitverrechnete Stellen ausmachen. Zu nennen ist hier insbesondere der Bereich der Stadtwache im Ordnungsamt mit 7 Einsätzen. Daneben werden weitere Projekte in den Bereichen Sozialarbeit, Pflegekinder und „Altengerechte Quartiere“ mit insg. 6 Einsätzen unterstützt. Darüber hinaus sind für das Wahlteam 2 Einsätze notwendig.

Für die Betreuung von Flüchtlingen sind derzeit 25 Personaleinsätze mit knapp 23 vollzeitverrechneten Stellen vorhanden. In der ZAB sind davon 7 Einsätze angesiedelt und weitere 6 Einsätze in der kommunalen Ausländerbehörde des Bürgeramtes.

Weitere derzeit vorhandene überplanmäßige Einsätze werden im Rahmen der Aufstellung des Haushaltes 2020/2021 aufgrund entsprechender Stellenplananträge der Fachbereiche organisatorisch betrachtet und in der Folge ggfls. Stellen eingerichtet, was zu einer Reduzierung der überplanmäßigen Einsätze führen würde.

Zu berücksichtigen ist allerdings auch, dass entsprechend des Beschlusses zum Haushalt 2019 (vorbehaltlich der Genehmigung des HSK) zusätzliche überplanmäßige Bedarfe im Umfang von maximal 96 vollzeitverrechneten Einsätzen personalwirtschaftlich umgesetzt werden könnten. In der Folge würde sich natürlich die Anzahl der überplanmäßigen Personaleinsätze wieder erhöhen.